



Per E-Mail an:

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

iii1@bka.gv.at

peter.alberer@bka.gv.at

STELLUNGNAHME DER BUNDESJUGENDVERTRETUNG

GZ: BKA-920.196/0001-III/1/2012

Die Bundesjugendvertretung (BJV) nimmt zum vorliegenden Stabilitätspaket 2012 wie folgt Stellung:

Einleitende Bemerkungen

Vor dem Hintergrund der Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die Bundesregierung vor einigen Wochen ihr Stabilitätspaket vor. Die Bundesjugendvertretung als Sozialpartnerin und gesetzlich verankerte Interessenvertretung von 2,9 Millionen jungen Menschen in Österreich wurde bei der Erarbeitung der geplanten Sparmaßnahmen abermals nicht einbezogen. So setzen die Vorschläge der Regierung wieder an den falschen Stellen an und werden dementsprechend wenig bewirken.

Gleich vorweg muss angemerkt werden, dass die Kürze der Begutachtungsfrist – 2 bis 8 Werktage – in Anbetracht der Brisanz der Thematik unseriös erscheint und nicht unserem Verständnis eines demokratischen Prozesses, der den Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung Rechnung trägt, entspricht.

Die Notwendigkeit, auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren und das Budget zu konsolidieren, ist evident. Der Handlungsbedarf ist groß und es liegt auf der Hand, dass der wirtschaftliche, sparsame und effiziente Einsatz von Steuergeldern kritisch geprüft werden muss.

Was jedoch bieten die geplanten Vorhaben der jungen Generation?

- **Soziale Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit?**
- **Nachhaltige Strukturreformen?**
- **Offensive Investitionen in die Zukunft?**

Die Regierung präsentiert das vorliegende Maßnahmenpaket als gerecht, nachhaltig und offensiv im Bereich der Investitionen. Diese Ansicht kann die Bundesjugendvertretung in

keinem der drei genannten Aspekte teilen. Österreich spielt mit seiner Zukunft und verspielt die Chance, mit nachhaltigen Struktur- und Verwaltungsreformen die Weichen für die Zukunft zu stellen. Bereits im November 2010 überreichte die Bundesjugendvertretung der Bundesregierung ihre „Spielregeln für eine Politik mit Weitblick“, die darin enthaltenen Forderungen werden im Vorschlag der Regierung wieder einmal nicht umgesetzt.

Im Folgenden gehen wir ausführlich auf unsere Kritik ein:

1. Soziale Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit?

Aus Sicht der Bundesjugendvertretung ist das vorliegende Konsolidierungspaket im Kontext der Verteilungsgerechtigkeit ein enttäuschender Vorschlag. Steuerpolitik stellt die Weichen für sämtliche Politikfelder. Fakt ist, dass die Steuerlast in Österreich ungerecht verteilt ist und dass die geplanten Maßnahmen an diesem Missstand nichts ändern werden. Der Vorschlag berücksichtigt keine Vermögenssteuer und sieht auch die Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht vor.

Wir fordern die Regierung auf, einen **Kurswechsel in der Steuerpolitik** einzuschlagen, damit Löhne nicht länger stärker belastet werden als Vermögen und auch die oberen Einkommensgruppen entsprechend an der Bewältigung der budgetären Kosten der Krise beteiligt werden.

Eine **Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer** (beispielsweise mit einem Freibetrag in der Höhe von Euro 500.000,-; der Eingangssteuersatz sollte bei 0,25 Prozent liegen und schrittweise auf 1,25 Prozent bei 2 Millionen angehoben werden) wird in diesem Zusammenhang von der Bundesjugendvertretung ebenso als sinnvoll erachtet wie auch die Einführung einer Abgabe auf Wertpapierdepots.

Weitere begrüßenswerte Maßnahmen wären nachhaltige **Änderungen beim Spitzensteuersatz bei der Besteuerung von Einkommen** sowie eine **Einschränkung der Absetzbarkeit bei Gehältern von ManagerInnen**. Der derzeit vorgesehene Solidarbeitrag greift aus Sicht der Bundesjugendvertretung zu kurz. Noch dazu ist dieser im Gegensatz zu allen übrigen Maßnahmen befristet, ein ernst gemeinter Richtungswechsel zu mehr Verteilungsgerechtigkeit sieht anders aus.

Im Bereich der **Pensionen** sind zeitlich begrenzte Kürzungen bei der Höhe der Pensionsanpassung sowie Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters vorgesehen. Die Bundesjugendvertretung begrüßt diese Vorhaben mit Vorbehalt: So appellieren wir an die Regierung, deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch genau zu prüfen und ggf. begleitende Schritte zu setzen, vor allem in Richtung Jugendbeschäftigungsquote. Außerdem plädieren wir für nachhaltige Pensionsreformen, die nur unter Einbeziehung von arbeitsmarktpolitischen Schritten zu erreichen sind. Die Absicherung im Alter kann für die derzeitigen jungen Generationen nur durch Erhöhung der Erwerbsquote (insbesondere bei Frauen, MigrantInnen und älteren ArbeitnehmerInnen) und Zurückdrängung prekärer Arbeitsverhältnisse gewährleistet werden. Auch Sonderpensionsrechte müssen endlich vollständig abgeschafft werden.

Eine weitere Forderung der Bundesjugendvertretung bezieht sich auf die **Reform von direkten und indirekten monetären Transfers hin zu Realtransfers**: Es zeigt sich, dass es im Sozialbereich bei der Förderung von Familien ein Übergewicht von Geldleistungen (rund 80

Prozent) gegenüber Investitionen in Struktur und förderliche Rahmenbedingungen (bspw. Kinderbetreuung; knapp 12 Prozent) gibt. Reformen in diesem Bereich sollten das Kindeswohl in den Vordergrund stellen und dafür sorgen, dass die investierten Mittel den Kindern möglichst unmittelbar zugute kommen. In diesem Zusammenhang fordern wir etwa die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die am ehesten einen Vorteil für BesserverdienerInnen darstellt und sich auf eine notwendige Umverteilung negativ auswirkt. Die durch die Abschaffung der Absetzbarkeit freiwerdenden Mittel sollten für zusätzliche, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet werden, was wiederum auch Arbeitsplätze schaffen würde und auch die Sicherung des Pensionssystems positiv beeinflussen würde (siehe oben)

Wenig diskutiert, weitreichende Folgen: **Einsparungen im Bereich der Ermessensausgaben treffen hauptsächlich Vereine.** Dies betrifft nicht nur direkte Förderungen für Kinder- und Jugendprojekte, sondern auch Förderungen für Kriseninterventionszentren, Unterstützung für Kinder mit Behinderung, wichtige Investitionen in der Entwicklungszusammenarbeit und vieles mehr. Kleine Kürzungen haben dramatische Folgen für Betroffene. Die Beschäftigungssituation der im Sozialbereich beschäftigten Personen wird dadurch noch prekärer.

Insgesamt kann aus unserer Sicht keineswegs von sozialer Ausgewogenheit und mehr Gerechtigkeit die Rede sein, da Vermögen weitgehend unangetastet bleibt, zielführende Schritte im Bereich der Einkommenssteuer bloß zeitlich begrenzt sind und andere Maßnahmen, wie z.B. Kürzungen im Bereich der Bausparprämien oder Pensionen, niedrige und mittlere Einkommensschichten belasten.

Soziale Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit muss aus Sicht der Bundesjugendvertretung auch eine Ökologisierung des Steuersystems und die Umsetzung einer bundesweit einheitlich geregelten, bedarfsorientierten Mindestsicherung einbeziehen. Ein weiterer Grundstein, der schon längst überfällig ist, ist gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Der Gender Pay Gap muss endlich der Vergangenheit angehören!

2. Nachhaltige Strukturreformen?

Die im Konsolidierungspaket enthaltenen strukturellen Maßnahmen machen laut Berechnungen des Rechnungshofs nur etwa 15 Prozent der gesamten Sparmaßnahmen aus. **Eine weitreichende Föderalismus- und Verwaltungsreform wäre jedoch gerade in den für Kinder und Jugendliche so essentiellen Bereichen wie Bildung und Gesundheit höchst notwendig.** ExpertInnen verweisen darauf, dass durch Reformen des Verwaltungsapparates Doppelgleisigkeiten beseitigt und Effizienz gesteigert, ein erhebliches Maß an Steuergeldern eingespart und langfristig anderweitig sinnvoll eingesetzt werden könnte. In vielen Bereichen würde eine längst fällige bundesweite Vereinheitlichung nicht nur Einsparungen bringen und notwendige Mittel freisetzen, sondern Kinder und Jugendliche würden davon auch unmittelbar profitieren.

Die Forderungen der Bundesjugendvertretung im Bereich der Struktur- und Verwaltungsreform beziehen sich beispielsweise auf:

- Vereinheitlichung der Pensionskassen
- Vereinheitlichung der Krankenkassen

- Vereinheitlichung der Jugendwohlfahrt
- Vereinheitlichung des Jugendschutzes
- Vereinheitlichung der Bauordnungen
- Strukturreform im Bereich der Schulverwaltung und Bildung

Die Bundesjugendvertretung empfiehlt der Regierung eine konkrete Auseinandersetzung mit den 599 Rechnungshof-Vorschlägen zur Verwaltungsreform und bringt sich gerne in entsprechende Diskussionen ein.

3. Offensive Investitionen in die Zukunft?

Es ist begrüßenswert, dass die Investitionsmittel der Einigung von Loipersdorf nicht gekürzt werden. Dies ist unseres Erachtens jedoch das Mindeste und noch lange kein Grund zum Jubeln.

Bildung ist ein Menschenrecht und trägt wesentlich zur Herstellung von Chancengerechtigkeit bei. Nicht zuletzt in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit ist es grundlegend falsch, bei der Bildung zu sparen. Dies verwehrt jungen Menschen einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt und längerfristige Lebens- und Karriereplanung. Darüber hinaus wirken sich Kürzungen im Bildungsbereich massiv auf die wirtschaftliche Entwicklung im Gesamten aus, wodurch in Zukunft das Budget noch straffer gespannt werden müsste. Eine Politik mit Weitblick zahlt sich also aus!

Abermals betonen wir: Investieren in Bildung und Forschung bedeutet Investieren in die Zukunft!

Die Bundesjugendvertretung fordert daher seit langem verstärkte (v.a. auch finanzielle) Bemühungen im Bildungs- und Forschungsbereich, wie etwa durch

- die flächendeckende Einführung der gemeinsamen Schule mit interner Differenzierung und Individualisierung
- keine weitere „Verlängerung“ der Schulverwaltung
- einen Qualitätsschub und die Vereinheitlichung der Ausbildung von PädagogInnen: Fundierte Ausbildung von Kindergarten- und Schul-PädagogInnen im tertiären Sektor
- die Förderung von muttersprachlichem Unterricht
- Berufs- und Bildungswegorientierung als Pflichtfach in der 7. und 8. Schulstufe. Jugendliche sollen dabei im Besonderen bei der Wahl von nicht-traditionellen Ausbildungswegen unterstützt werden.
- (Demokratie-)Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der 5. Schulstufe
- ausreichende Ressourcen: Aufstockung der Ausgaben für den tertiären Bildungsbereich auf mindestens zwei Prozent des BIP
- Ausbau des Studienbeihilfen- und Stipendiensystems
- Ausbau des außeruniversitären Forschungssektors

4. Verkleinerung der Bundesregierung und des Nationalrats: (Signal-)Wirkung in welche Richtung?

Abschließend weisen wir vehement darauf hin, dass die geplanten Einsparungen im Bereich der Ministerien und des Nationalrats aus Sicht der Bundesjugendvertretung äußerst bedenklich sind. Wir warnen eindringlich davor, dass diese Maßnahmen **zu Lasten der Kinder- und Jugendpolitik** gehen werden. Unterrepräsentierte Gruppen, wie Frauen und junge Menschen, werden es noch schwerer haben, im Nationalrat vertreten zu sein. Jugendpolitik wird bei einer Reduzierung der Ministerien unserer Einschätzung nach ein noch stärkeres Schattendasein führen.

5. Mitwirkung der Bundesländer: Was kommt auf uns zu?

Die Bundesjugendvertretung appelliert mit diesem Schreiben außerdem ganz gezielt an die Bundesländer, bei denen viele Kinder- und Jugendagenden liegen. Da es noch völlig unklar ist, wie die Bundesländer ihre Sparziele erreichen werden, warnen wir davor, im Kinder- und Jugendbereich – beispielsweise im Bereich der Jugendförderung oder der Jugendwohlfahrt – zu sparen. Dies hätte dramatische Auswirkungen auf die Gesellschaft und birgt teure Folgekosten. Hier zu investieren und endlich einheitliche Kriterien zu schaffen, muss oberste Priorität sein.

Abschließende Bemerkungen

Fazit: Stabilitätspaket mit vielen Schief lagen

Für die Bundesjugendvertretung führen die Maßnahmen des sogenannten Stabilitätspaketes viel zu kurz. Es fehlen vor allem eindeutige Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die Bezeichnung „gerecht“ ist also fehl am Platz. Wir warnen an dieser Stelle nochmals eindringlich vor einer Zuspitzung der finanziellen Lage für Klein- und MittelverdienerInnen sowie sozial Schwache durch Kürzung bei den Ermessensausgaben und Sparmaßnahmen der Bundesländer.

Abschließend bleibt nur noch zu betonen, dass sich die Bundesjugendvertretung gerne konstruktiv in zukunftsweisende Politikgestaltung einbringt und für Gespräche zur Verfügung steht.

Der Inhalt dieser Stellungnahme stützt sich auf das BJV-Positionspapier „Verteilungsgerechtigkeit“ (2011) und die im Jahr 2010 erarbeiteten „Spielregeln für eine Politik mit Weitblick“. Beide Dokumente stehen als Download unter www.jugendvertretung.at zur Verfügung.

Wien, am 27. Februar 2012



Wolfgang Moitzi

Geschäftsführender Vorsitzender



Mag. (FH) Christina Unterberger

Geschäftsführerin